

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2596.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Abstellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Abholung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühren erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebengespaltene Millimeterzeile aber deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Mittwoch, den 4. Dezember 1918

Nummer 36

Gegen einen Frieden der Gewalt.

Wilson über den Frieden.

Ueber den Zeitpunkt des Friedensschlusses sagte Wilson in der bereits wiedergegebenen Rede wörtlich:

„Ich glaube, wir dürfen auf einen formalen Abschluß des Krieges durch Vertrag bei Beginn des Frühlings hoffen.“

Zum Schluß sagte der Präsident: Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Kongreß meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen, um dem Zweck, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Aufgabe, die sich daraus ergibt, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt. Aber der Entschluß, das meine unumgängliche Pflicht sei, hinzugeben, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso verständlich sein werden wie sie mir erschienen. Die assoziierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongreß am 8. Januar d. J. mitteilte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begründlichen Gründen wünsche ich die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der ausdrückliche Wunsch unserer Regierung, ohne selbstsüchtige Absichten irgendwelcher Art zu dem Vorkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig gemacht werde.

Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich lenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Die tapferen Männer unserer Streitkräfte zu Lande und zur See haben gekämpft für die Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien. Ich habe versucht, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie sind von Staatsmännern als ihren eigenen Gedanken und Absichten entsprechend angenommen worden, und auch die verbündeten Regierungen haben sie angenommen. Ihnen bin ich es schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit es an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden, und daß keine Mähe gescheut wird, um sie zu verwirklichen. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür sie ihr Leben und Blut geopfert haben, auf mich zu nehmen. Ich könnte mir keinen Ruf zu einem Dienste nennen, der wichtiger wäre als dieser. Ich werde mit Ihnen auf dieser Seite des Wassers in enger Fühlung bleiben, und Sie werden alles, was ich tue, erfahren. Auf mein Ersuchen haben die französische und die englische Regierung die Zensur für Kablenachrichten, die bis vor 14 Tagen beibehalten war, vollständig aufgehoben, und es gibt auch auf dieser Seite jetzt keinerlei Zensur, außer wenn es sich um den Versuch geschäftlicher Verbindungen mit den feindlichen Mächten handelt. Ich hoffe, daß die Nachrichten der nächsten paar Monate mit der größten Freiheit und mit möglichst geringer Verzögerung von der einen Seite der See nach der anderen gehen.

Französische Sozialisten gegen den Chauvinismus.

Unsere französischen Parteigenossen sind unaufhörlich, der nationalistischen Stimmung entgegenzutreten, die sich eines großen Teils des französischen Volkes bemächtigt hat. Ihre Presse verurteilt in scharfer Weise die Kampagne der national-bürgerlichen Presse gegen den deutschen Vorschlag auf Unterzeichnung der Schuld am Kriege durch eine neutrale Kommission.

„Pouloire“ sagt:
Diese Kampagne ist ein schlechtes Vorspiel für die Gesellschaft der Nationen, von der trotz aller Entschlossenheiten noch einige Male ernsthaft die Rede war. Man wurde eines Tages und bald doch wissen müssen, warum es zum Kriege kam und welches die tiefen Gründe des Krieges waren. Wir kennen die Maßnahmen, die das revolutionäre Deutschland getroffen hat, um in Zu-

kunft solche Katastrophen zu verhindern. Die einzige Kommission, die jedoch bei der Untersuchung der Frage der Schuld einer Wert habe, müsse durch das sozialistische Proletariat gebildet werden, das durch die Arbeiter-Internationale vertreten sei.

In der „Humanité“ protestiert Paul Mistral gegen den Chauvinismus.

Die Heberhande speist mit ihren chauvinistischen Phrasen nur das internationale Proletariat zugunsten des internationalen Kapitalismus und wolle es zu einem Gewaltfrieden verführen, der neue Kriege zur Folge haben könne. Die französischen Chauvinisten haben zum Teil, als der Sieg ungewiß war, immer geschrien, daß man den Krieg des Rechts gegen die Barbarei führe, daß die Entente die Völker befreie, Deutschland aber in Ketten wolle, und den Frieden von West-Itomoff und Brest-Litowsk als schändlich und verbrecherisch verworfen. Nachdem sich der Krieg gewandt hat und die Lage der Mittelmächte der entspricht, wie sie in Russland und Rumänien war, wolle man die Kraft mißbrauchen, erobern und annectieren, Völker vergewaltigen. Wo bleiben denn da die Verurteilungen der Entente auf Recht und Gerechtigkeit? Was würde aus der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die Versailler Konferenz werden? All das sind nur noch Papierfetzen. Wir müssen uns mit allen Kräften gegen diesen blöden verbrecherischen Chauvinismus stemmen. Wir wollen die ganze Gerechtigkeit, aber nichts als diese.

Es ist zu hoffen, daß der Einfluß unserer Genossen, wenn der erste Siegestaumel vorüber ist und die entsetzlichen Folgen des Krieges sich auch in Frankreich zeigen werden, wachsen und zuletzt mitentscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Friedens gewinnen wird.

Bern, 3. Dezember. Laut Progrès de Lyon forderte der sozialistische Seine-Verein vorseitern in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, die Wiedereinführung konstitutioneller Garantien und möglichst schnelle Übernahme von Neuwahlen nach der Demobilisierung, sowie das Stimmrecht für Frauen.

Das Zentralkomitee der Liga für Menschenrechte hat in seiner vorgestrigen Sitzung eine gleichlautende Entschließung angenommen.

Die Auslieferung Wilhelms.

London, 3. Dezember. Wie Reuter erfährt, hat sich bei den Beratungen der Londoner Konferenz gezeigt, daß man einstimmig der Ansicht ist, daß von Holland die Auslieferung des Kaisers und des Kronprinzen wegen Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges verlangt werden soll.

Veränderungen im Auswärtigen Amt.

Der Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Kriege ist pensioniert worden. Als sein Nachfolger soll Geheimrat Simons in Aussicht genommen sein.

Dr. Kriege galt als Beförderung der deutschen Machtpolitik, speziell als Vater der Zusatzverträge von Brest-Litowsk. Er war also schon längst überfällig. Hoffentlich folgen ihm recht bald noch andere.

Kein Sondergericht mehr für die Hohenzollern.

Die Preussische Regierung verspricht mit Gesetzeskraft, was folgt:

Der persönliche Gerichtsstand der Mitglieder des vormaligen Preussischen Königshauses sowie der hiesigen Familie Hohenzollern bei dem mit dem Kammergerichte verbundenen Geheimen Justizrat wird beseitigt.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Von dem an diesem Tage bei dem Geheimen Justizrat unabhängigen Reichsjustizrat gehen diejenigen erster Instanz auf das Landgericht I in Berlin, diejenigen zweiter Instanz auf das Kammergericht über.

Vergendete Millionen?

Die Angst der Bourgeoisie vor der Sozialisierung der Produktionsmittel wächst zusehends. Und systematisch legt eine Propaganda nicht nur gegen die Sozialisierung an sich, sondern auch gegen alle diejenigen ein, die als Träger des Gedankens und als Träger des Willens zur Sozialisierung gelten können.

Auch Organe, die bis dahin eine verhältnismäßig verständige Haltung einnahmen, beteiligten sich jetzt an dieser Dege und tun das ihrige, die öffentliche Meinung gegen die neuen Gewalten einzunehmen, wobei noch mit Vorliebe die eine Stelle gegen die andere auszufischen versucht wird. Ein Beispiel dafür ist das „Berliner Tageblatt“, aus dessen Spalten nicht nur immer deutlicher die Angst vor den Konsequenzen der Umgestaltung, die Sorge vor der Erhaltung des Profits spricht, sondern in dem auch immer stärker eine Methode der Bekämpfung insbesondere der Arbeiter- und Soldatenräte bemerkbar wird, die sich getrost neben den Gewohnheiten der reaktionären Organe setzen lassen kann.

In der Mittwoch-Morgen-Ausgabe veröffentlicht dort Herr Erich Dombrowski wieder einen Alarmartikel. Er beanagt sich dabei nicht, über die „sozialistischen Experimente“ zu zernern, die jetzt am siechen Wirtschaftsförder vorgenommen werden sollten und neben der Spartakusgruppe auch der Unabhängigen Sozialdemokratie den Vian einer „sofortigen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion“ vorzuzuwerten, während tatsächlich von unserer Seite ja nur immer eine sofortige Inangriffnahme der selbstverständlichen nur allmählich durchführbaren Vergesellschaftung gefordert worden ist. Herr Dombrowski sucht nach wirkungsvolleren „Schlagern“, um gegen die herrschenden Gewalten aufzureizen. Und er glaubt sie gefunden, indem er ein großes Klagegeld anstimmt über die Vergewandlung kostbaren Nationalvermögens durch die Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte.

Herr Dombrowski nimmt die durch eine unmaßgebliche Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß der Finanzbedarf der Arbeiter- und Soldatenräte bisher 800 Millionen Mark betragen hätte, natürlich als bare Münze. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß diese Angabe schon deshalb stärksten Zweifeln begegnen müsse, weil es ja bisher gar keine Möglichkeit geben konnte, eine halbwegs zuverlässige Verrechnung der von den A- und S-Räten in Anspruch genommenen Beträge vorzunehmen. Die allerwichtigsten Stellen, Duzende, vielleicht sogar hunderte, wären da ja zunächst zu befragen. Die 800 Millionen sind eine völlig haltlose Behauptung.

Es ist aber natürlich auch der Zweck ins Auge zu fassen, für den die von den A- und S-Räten geforderten Summen in Anspruch genommen wurden. Es ist eine beinahe lächerliche Unterstellung, daß diese Beträge einzig und allein verwendet worden wären, um Ausgaben für die Verwaltung und Repräsentation der A- und S-Räte zu bestreiten oder gar, um ihren Mitgliedern die Taschen zu füllen. Die A- und S-Räte haben eine Menge behördlicher Funktionen übernommen, eine große Anzahl von Einrichtungen geschaffen, die dem Allgemeinwohl dienen, sie haben teilweise die Demobilisation in ihre Hand genommen, sie haben gewiß nicht geringe Aufwendungen für all diese staatlichen Zwecke gemacht. Diese wären natürlich von dem für sie beanspruchten Geldbedarf in Abzug zu bringen.

Herr Dombrowski möchte allerdings den Eindruck erwecken, daß die von ihm genannten 800 Millionen einfach verschwendet worden wären. Er behauptet, daß auf der letzten Tagung der Groß-Berliner Räte mitgeteilt worden sei, das Schreibmädchen, die dort beschäftigt waren, im Monat 900 Mark, Boten 1200 Mark, die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats 1200 bis 1500 Mark erhielten. Es handelt sich da aber nur um Gerüchte, die bereits vom Volkswirtschaftsrat richtiggestellt worden sind. Die von ihm bestrittenen Stenotypistinnen erhalten danach tatsächlich nur 12 Mark täglich, bei der Bezahlung der Kuriers mit täglich 30 Mark zu beachten, daß sie 16stündigen Dienst zu leisten haben und

Es mag ja sein, daß bei der Anstellung der Angehörigen nicht immer mit der nötigen Sorgfalt und Genauigkeit vorgegangen wurde — die Schnelligkeit, mit der die Umgestaltung vollzogen, macht das erklärlich, — es mag auch zutreffen, daß hier und dort einmal nicht sparsam genug gewirtschaftet worden ist. Es wird dafür zu sorgen sein, daß hier sehr bald eine Nachprüfung der bisher ausgesetzten Gehälter und Vergütungen einsetzt und daß einheitlich und öffentlich festgelegt wird, was die einzelnen im Dienst der A. u. S.-Räte tätigen Personen beanspruchen können. Es ist aber auch kein Zweifel, daß dies durchaus in der Richtung der Wünsche und Bestrebungen aller maßgebenden Stellen, einschließlich der A. u. S.-Räte selbst, liegt. Als Beweis dafür mag nur angeführt werden, daß dieselbe Nummer des „Berliner Tageblatts“, die den verheerenden Artikel Dombrowskis bringt, auch bereits eine Verordnung enthält, in der die Abfindung für die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte für das ganze Reich in einer Weise festgesetzt werden, die gewiß auch den geringsten Finanzpolitiker befriedigen muß. Tagesgelde von 5 Mark für die oft sehr anstrengende, aufreibende Tätigkeit im Dienste der Räte, Aufwandsentschädigungen, die nur nach Maßgabe der wirklich entstandenen Kosten unter Verbringung von Belegen und nur bis zur täglichen Höchstgrenze von 5 Mark gezahlt werden sollen — das ist doch wirklich keine Verschwendung!

Man sieht im Gegenteil aus dieser Regelung, wie ernst es den neuen Gewählten ist, mit den von der Allgemeinheit aufgebracht Geldern so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Das Verantwortlichkeitsgefühl dürfte bei den Trägern der jetzigen Gewalt sehr viel stärker entwickelt sein und sehr viel mehr zur Sparsamkeit drängen, als bei den Machhabern von gestern. Es wäre sehr wünschenswert und sehr notwendig gewesen, wenn jene Kreise, die sich heute so über die Verschwendung der A. u. S.-Räte entrüsten, dem alten Regime gegenüber eine etwas schärfere Kontrolle ausgeübt und dort mit der gleichen Entschiedenheit die zweifellos getriebene Verschwendung bekämpft hätten! Mit Recht verweist das „Berl. Tageblatt“ darauf, daß zu den jetzt sich ergebenden Ausgaben ja auch noch die finanziellen und wirtschaftlichen Kriegskosten kämen. Was haben denn aber diejenigen, die sich jetzt so über die angeblich verschwendeten 800 Millionen entrüsten, getan, um zu verhindern, daß diese Kriegskosten jetzt unsere ganze Arbeit hemmen?

Man siehe diejenigen zur Verantwortung, deren Politik und heftigste Tätigkeit dem Volke diesen Krieg auf den Hals zog, die immer wieder einen raschen, auf dem Grundsatze der Verständigung beruhenden Frieden versetzten, man nehme sich die Kriegsgewinnler aller Art vor, man rechne mit ihnen ab, lege die Hand auf ihre Kriegsgewinne — oder man unterlasse es, auf Grund höchst anföhrlicher, dann auch noch falsch gedeuteter Angaben über eine verschwendende und ungebührliche Finanzwirtschaft derjenigen zu jammern, die das Vertrauen der Arbeiter und Soldaten, der Träger der Revolution, zur Wahrnehmung der Geschäfte berief. Bringt man Beweise für eine unangebrachte Verschwendung, so wird keiner zögern, auch von den Machhabern von heute Rechenschaft zu verlangen und ihre Vereitelung zu fordern. Aber zunächst fehlen noch die Beweise. Zunächst handelt es sich nur um allgemeine, zum Teil ganz offenkundig falsche Behauptungen. Gegen sie gilt es scharfen Protest zu erheben, denn sie sollen nur dazu dienen, die Einigkeit des Proletariats zu verwirren und das Werk der Revolution zu hindern.

Wirtschaft und Volkspolitik.

Die engen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik zeigen sich jetzt so recht deutlich in der österreichischen Frage. Während es vollständig deutlich ist, daß der Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland, der ja nicht mehr zweifelhaft sein kann, auf die Dauer für Deutschland wegen der Erschöpfung der Braunkohlenlager, der Wasserkräfte usw. von großem Vorteil in der Zukunft sein wird, ebenso auch für Oesterreich wegen der Einbeziehung in ein größeres Wirtschaftsgebiet, dessen die jetzige deutsch-österreichische Republik vollständig ermangelt, er-

geben sich doch aus den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen dieser Monate Schwierigkeiten, welche überwunden werden müssen, wenn nicht für die nächste Zeit alles in Frage gestellt werden soll.

Die Tschechen, Polen und Ungarn führen einen Auswüchse gegen Deutsch-Oesterreich nicht aus Lust am Bösen, sondern um die Deutschen politisch fesseln zu können und nationalpolitische Zugeständnisse von ihnen gegen Kohle und Getreide einzutauschen. In Wien beträgt die Requisition nur ungefähr die Hälfte der Berliner, die Reichsrequisition nur etwa zwei Fünftel. Um Kohle zu sparen, ist 4 Uhr Ladenschluß, nach 9 Uhr verkehrt keine Straßenbahn mehr und in der Nacht brennen nur einzelne Gaslaternen. In diesen Wochen wird überhaupt keine Kohle mehr für den Hausbrand verschickt. Das Volk hungert und friert. Zum Teil noch ärger ist es in gewissen Teilen Nord-Böhmens. Man kann sich nur darüber wundern, mit welcher Zähigkeit die Deutsch-Böhmen alle Leiden ertragen, um ihr Volkstum gegenüber dem tschechischen Imperialismus aufrechtzuerhalten.

Aber wenn es lange so weiter geht, wird in Deutsch-Oesterreich doch der Boden für konterrevolutionäre Intrigen und für ein Uebergreifen des Tschechentums, das sich dann als Reiter aufspielen wird, geebnet. Darum tut es dringend not, daß wenigstens einigermäßen auch dem Proletariat jenseits der vorläufig noch bestehenden Grenze Hilfe gebracht wird, damit nicht dauernder Schaden nicht nur Deutsch-Oesterreich, sondern auch dem deutschen Volke überhaupt zugefügt werde.

Die Unmöglichkeit einer Kriegsent-schädigung.

In der deutschen Diskussion ist bisher die Frage ausschließlich vom politischen Standpunkt besprochen worden, vom finanziellen dagegen wurde sie bisher noch nicht beleuchtet. Wäre dies geschehen, so hätte sich die Undurchführbarkeit dieser Forderung sofort deutlich herausgestellt. Deutschland hat einen vierjährigen Weltkrieg verloren und bedarf daher in erheblichem Maße zur Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft ausländischer Kredithilfe. Ist aber in keinem Fall in der Lage, an das Ausland zu zahlen. Schon gegenwärtig drohen die erheblichen während des Krieges im neutralen Ausland aufgenommenen kurzfristigen Kredite notleidend zu werden. Nach Friedensschluß werden die Requisitionsscheine in den früher okkupierten Gebieten und die kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber Belgien, Polen und Rumänien beglichen werden müssen und selbst zu dieser Begleichung wird ein kompliziertes Uebereinkommen, das Stundungsmöglichkeit gewährt, erforderlich sein. Weitere Beträge werden wir uns vom Ausland für Ernährung und Rohstoffe boragen müssen, da wir zu direkter Rückzahlung keine andere Möglichkeit haben. Wir zahlen sonst an das Ausland durch Warenausfuhr, Uebernahme von Transporten, durch die Zinsen der im Ausland angelegten Kapitalien; in den dem Friedensschluß unmittelbar folgenden Jahren ist aber bei dem Stande der Volkserzeugung an Ausfuhrüberschüsse nicht zu denken, unsere Schiffahrtsabgabe dürfte infolge des Verlustes eines großen Teils unserer Handelsflotte paßlos werden und deutsche Unternehmungen und Guthaben im Ausland sind zum weitestens überwiegenden Teile fortgenommen worden.

Um die Unmöglichkeit der Kriegsent-schädigung kurzulegen, sei beispielsweise angenommen, daß zum Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs und zur Zahlung der sonstigen Schäden fünfzig Milliarden Mark notwendig seien, die von der Entente im Anleihebeweg aufgebracht würden, wobei Deutschland die Anleihe mit 8 Prozent zu verzinsen hätte. Die Zinspflicht von 8 Milliarden Mark jährlich dem Ausland gegenüber zu leisten wäre Deutschland völlig außerstande. Sollte diese Verpflichtung nicht vollständig auf dem Papier bleiben, so müßte Deutschland den Versuch machen, die Warenausfuhr um jährlich 8 Milliarden Mark zu steigern, ein Versuch, der nur zu einem geringen Teile gelingen könnte und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß der Innenverbrauchs durch Hochpreise auf das Neueste eingeschränkt und der Export durch ein organisiertes Dumpinghitem künstlich gesteigert würde. Ein solches Verfahren wäre aber für Deutschland aus sozialen Gründen völlig unerträglich, da die ernstesten Interessen zur Herabsetzung der Preise drängen müssen, und es könnte auch der

Entente insbesondere dem Präsidenten Wilson, dem Fortschritt gegen ein Dumpinghitem nur unerwünscht sein. Für die deutsche Arbeiterkass würde aber die Durchführung der Kriegsent-schädigung während der ganzen Zeit der Verzinsung der Anleihe, also für mindestens zwei Menschenalter bedeuten, da sie gezwungen wäre, bei niedrigen Werten Waren herzustellen, die nur durch besonders günstigen Preis Absatz im Ausland finden könnten.

Die deutsche Währung steht unter der Hälfte der Friedensparität. Die wenigen Kreditmittel internationalen Charakters über die wir noch verfügen, in erster Linie die Guthaben gegenüber den bisher verbündeten Mächten, die für die Entente ein erhebliches Vertriebsobjekt darstellen könnten, werden wir dazu benutzen müssen, um Kredite zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu erlangen. Darüber hinaus Verpflichtungen zu übernehmen, ist völlig unmöglich. Und es muß unbedingt gefordert werden, daß die Friedensunterhändler die Instruktion erhalten gegenüber der Forderung von Entschädigungen auf die tatsächliche internationale Zahlungsunfähigkeit des Reiches für den Fall der Durchführung einer Kriegsent-schädigung hinzuweisen.

Immer wieder provozierende Offiziere.

Essen, 3. Dezember. Der Platzkommandant teilt mit: Um 12 Uhr heute mittag verhielten am Bahnhofsvorplatz mehrere junge Offiziere die rote Fahne von dem Hauptpostamt und vom Empfangsgebäude zu entfernen. Dabei kam es zu einer Schießerei und einigen Verwundungen. Die Ruhe und Ordnung in Essen ist durch nicht gestört.

Keine Vertuigung.

Die „Deutsche Wg. Ztg.“ (früher „Norddeutsche Wg. Ztg.“) scheint in ihre früheren Gemütszustände der offiziösen Verbildung und Vertuigung ungewohnter Tatsachen zurückzufallen zu wollen. Sie nimmt zunächst die demonstrierenden Funken des Generalstabs warm in Schutz und wendet sich dann gegen das von uns geteilte veröffentlichte Flugblatt an die Fronttruppen, das angeblich förmlich die Unterzeichnung Hindenburgs trägt. Mit diesem Sinn scheint für die „D. Wg. Ztg.“ wie für die gesamte bürgerliche Presse, die Angelegenheit erledigt zu sein. Wir stellen demgegenüber fest, daß noch immer keine Erklärung über das gegen die Volksgesundheit gerichtete Telegramm der Obersten Heeresleitung an die Heeresgruppen vorliegt; daß das raffinierte System des schwindehatten Depeschensystems an die Reichsleitung noch nicht aufgeklärt und die schuldigen militärischen Stellen nicht zur Verantwortung gezogen sind; daß die Verbreiter des „Hindenburg“-Flugblattes an der Front noch nicht festgesetzt und bestraft worden sind.

Die bürgerliche Presse möge sich hüten, diese Dinge zu untersuchen und totzuschweigen. Sie zeigt damit nur ihr böses Wissen und stellt sich in eine Reihe mit den Schuldigen an der Vorbereitung der Gegenrevolution.

Die württembergische Nationalversammlung.

Stuttgart, 4. Dezember. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner heutigen Nummer die Wahlordnung für die württembergische Nationalversammlung. Zu wählen sind 150 Abgeordnete in einem Wahlgang für das ganze Land, einen einheitslichen Wahlbezirk bildende Land und dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag, den 26. Januar, statt.

Eine provisorische Nationalversammlung in Bayern.

München, 3. Dezember. Die Delegiertenversammlung der Landesvolkstruppen hat heute ihre Beratungen beendet. Es erfolgte die Wahl von Delegierten für die Konferenz der bayerischen Soldatenräte. Einkimmige Annahme fand ein Antrag, wonach die Nationalversammlung von der Regierung des Volksstaates Bayern erwartet, daß die provisorische Nationalversammlung binnen acht Tagen einberufen wird. Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ erfährt, ist

Der geistige Arbeiter im sozialistischen Staat.

Von Hellmuth Jansenfeld.

I.

Der Minderzahl der Menschen ist es gegeben, mit ihrer Phantasie eine in der Zukunft gelegene Realität zu erschaffen. Noch vor einem Jahre rangelten sich die Sittnen, wenn das Wort „Völkerverbund“ ertönte. Utopisch, verblasener Idealist hieß der, der erklärte, die Nachkriegsordnung, die bis jetzt innerhalb der einzelnen Staaten besteht, müsse mit Leichtigkeit nur unter Voraussetzung des guten Willens der Beteiligten auch auf das Verhältnis der Staaten untereinander angewendet sein.

Nachdem nun die Realität den widerspenstigen Gehirnen gezeigt hat, daß die demokratisch-republikanische Idee nicht bloß in einiger Eigenbräuterei Köpfen zu existieren imstande war, richten sich neue Bedenken gegen die jetzt durchgeführte Form des sozialistischen Staates. Diese Bedenken werden vor Wirtschaftspolitikern, Historikern, Moralisten und Kultur-Intellektuellen vorgebracht. Alle diese Bedenken verdienen eine besondere Ueberlegung durch die Theorie, — bis sie ihre überzeugende Widerlegung durch die hereinbrechende Realität wiederum erfahren werden.

Hier sei zunächst einmal versucht, das Bedenken der Kultur-Intellektuellen zu beschwichtigen. Wenn im sozialistischen Staate, nach Nationalisierung und Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Vermögensunterschiede bis zu einem gewissen Grade sich gehoben haben werden, dann, so hört man einwenden, kann die geistige Arbeit, die Arbeit des Künstlers, des Gelehrten nicht mehr solchen Wert besitzen und solche Wirkung tun, wie im kapitalistischen Feudalismus. Denn nun kann jeder geistige Arbeiter leisten, und da sie jeder leisten kann, so verliert sie ihre Besonderheit, ihren Adel und ihren erzieherischen Einfluß. Hierauf ist zu erwidern: das Gegenteil wird der Fall sein. Wenn im sozialistischen Staate die Vermögensunterschiede und die Besitzunterschiede sich einander bis zur äußersten möglichen Grenze gehoben haben werden, dann wird es möglich sein, daß Personen aus der Klasse körperlicher Arbeiter in die Klasse geistiger Arbeiter aufsteigen. Soweit ist das kultur-intellektuelle Argument richtig. Aber was weiter gesagt wird, entbehrt jeglicher Logik. Wenn körperlich Arbeitende in der Lage sind, ihre Niveau zu verlassen, zu den Dichtern, Künstlern, Wissenschaftlern aufzusteigen, — dann kann dies, recht betrachtet, für die

geistige Welt nicht eine Berarmung und Trübung, sondern nur eine Erhöhung und Bereicherung bedeuten. Zunächst nämlich wird die Schaar der wahrhaft Schaffenden reichhaltiger und lebendiger als sie es im kapitalistischen Zeitalter war. Denn sie erhält einen Blutstrom aus den Tiefen des Proletariats, der ihrem geistigen Gedank nur nützen kann. Denn im sozialistischen Staate, wo nur Arbeit und Vergabung den Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung für den einzelnen ermöglichen, tauchen nur diejenigen aus der Schaar der mit mechanischen Arbeiten Beschäftigten hervor, die wirklich Talent und Leistung über das Niveau hinausbringen läßt. Im kapitalistischen Zeitalter konnte sich eine Schaar geistiger Arbeiter auf Grund günstiger ökonomischer Preisverhältnisse entwickeln, und oft arbeiteten hier diejenigen in den höchsten Schichten der Kultur, die allein durch die günstige wirtschaftliche Position, die sie ererbt, aber nicht erworben hatten, dazu veranlaßt wurden. Nun aber, im reinen sozialistischen Staate, gibt es keine Gunst der Verhältnisse mehr, die des einen Halb talent begünstigt, während des anderen Volltalent verleiht in materiellem Glanz verkleidet. Mit Vereitelung der wirtschaftlichen privaten Vormachtstellungen sind auch die zufälligen Bedingungen entfernt, die den Geist und das leistende Talent nur da zur Blüte gelangen lassen, wo beide an dem Zufall von Reichtum und Privatbesitz geknüpft sind.

Von den Behörden ist die segensreiche Wirksamkeit der Frauen dankbar anerkannt worden. Eine große Anzahl von Städten hat ihnen die Wahl in städtische Deputationen, teils mit beratender, teils mit beschließender Stimme, gewährt. Das waren Fortschritte, die der Krieg ihnen komplotisch brachte. Auf Grund der Pflichten, die sie erfüllten, verlieh man ihnen neue Rechte. Sie hatten sich ihre Anerkennung als Staatsbürgerinnen selbst verdient. Ihre schlüchten und köstlichen Leistungen setzten sie in den Stand, ein Amt zu bekleiden.

Die zweite Folge des sozialistischen Staates für den geistigen Arbeiter aber wird die sein, daß die Schaar geistiger Arbeiter sich nicht nur mit arbeitendem Geiste proletarischen Edelmaterials bereichert, sondern daß sich die Schaar geistiger Arbeiter um jene Elemente rein kapitalistischer Herkunft vermindert, die da ihren Geist nur dem Kulturboden kapitalistischer Sonderrechte verdanken, das heißt aber die niemals zu geistiger Arbeit sich veranlaßt gefühlt hätten, wenn nicht kapitalistische Glanzumstände sie dazu demotivierten. Darin freilich haben die besorgten Kultur-Intellektuellen recht: die blaffen Ritter des Geistes, gleichgültig, ob sie Gelehrte, Künstler oder Literaten sind, jene An-

reize, die nur soweit Geist produzieren, wie Geld zu verdienen ist, werden verschwinden. Verschwinden werden diejenigen, deren Geist nichts ist als die Blüte, die sich auf dem Felde kapitalistischer Sonderrechte gebildet hat. Aber es fragt sich, ob man nicht auch vom Standpunkt des geistigen Arbeiters ihre Verschwinden begreifen soll. Im kapitalistischen Zeitalter war der Geist zu viel Genutz zu wenig Leistung. Nunmehr wird allein der Geist der arbeiten kann, der leisten und lernen kann, anerkannt werden, während der Geist in die Tiefe versinken wird, der sich nur von den Früchten der gegebenen Wissenschaft und Kultur ernähren ohne selbst zu nähren. Die Menschheit wird freilich immer in zwei Teile auseinanderfallen, von denen der eine vor allem von der Hand, der andere mit dem Kopfe leidet. Nur wird der sozialistische Staat hier bewirken, daß nicht mehr unüberwindliche Kluft zwischen dem Handarbeiter und dem Kopfarbeiter trennen. Der Kopfarbeiter aufsteigen können, und unter den Kopfarbeitern werden nur diejenigen Bestand haben können, deren Geist nicht bloß eine Frucht ist aus selbstigem Kulturboden des Kapitalismus, sondern selbst Früchte trägt. Dieses „sich die goldenen Ähren reifen“ zwischen Proletariat und Intellektualität wird das hauptsächlichste Gepräge des sozialistischen Staates in intellektueller Beziehung sein. Dies wird bedeuten, daß der Volkstribun nun den neuen Ehrgeiz bekommen wird, in die Klasse der Intellektuellen aufzusteigen. Also das Gegenteil einer Materialisierung der Lebensanschauungen wird eintreten. Mit der Besserung der proletarischen Situation wird nicht eine Besserung rein materieller Güter eintreten, sondern eine neue Sehnsucht, ein neues Verlangen nach Leistungen in anderen proletarischen Bezirken. Der Intellektuelle aber wird aus unerschütterlichem Gemühtum, aus Übermut und aus Studiergelehrsamkeit sich zum leistenden Geiste entwickeln müssen.

Ueber den Inhalt und die genauere Qualität seiner Leistung ist hier noch nichts zu sagen. Denn hier soll nur festgestellt werden, welchen Sinn der Begriff der geistigen Arbeit überhaupt im sozialistischen Staate haben wird. Wenn man den Wegweiser des Sozialismus auf die oft gestellte Frage antworten will, was denn der Sozialismus an Stelle des Kapitals setze, so kann man nicht antworten: Das Ganze des Staates, die Gleichheit der Rechte oder dergleichen. Sondern man sollte antworten: Die Leistung. Die Leistung auch ist es, die im sozialistischen Staate

Das Provisorische Parlament des Volksstaates Bayern am 9. Dezember zusammen. Das Bürgerium werde in weitest- möglicher Weise berücksichtigt werden, es würden ihm nicht weniger, als höchst fünfzig Sitze (1) zugewilligt werden, als dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat.

Unsere Truppen im Osten.

Die Räumung des Oberostgebietes wird weiter durchgeführt. In Litland sollen unsere Truppen zunächst hinter die Düna geführt werden. Aus der Krim fahren unsere Truppen über See zunächst von Sewastopol nach Nikolajew, um die besseren Bahnverbindungen auszunutzen.

In Sewastopol liegen Seestreitkräfte der Entente. Die Seltsamkeit in Kiew ist durch die Entente bestätigt.

Ueber die Lage in Estland hat der Bevollmächtigte Mann folgendes telegraphiert: Am 18. November erfolgte die Übergabe der Provinzialverwaltung an die Esten. Auf die Meldung über Bekräftigung von Deutsch-Balten habe ich am 21. November mit guter Wirkung eine Schutzklärung für die Deutsch-Balten erlassen. Die militärischen Ereignisse an der Narva-Front und der Rückzug der deutschen Truppen auf die Linie Wesenberg-Rohusa haben eine neue Lage geschaffen. Am 20. November hat eine russische Kriegsflotte von sieben Einheiten Narva und Umgebung mit schwerem Feuer belegt. In den Verhandlungen mit estnischen Behörden wurde folgendes vereinbart: Esten erhalten Waffen und Munition sowie 1500000 R. Die bolschewistische Gefahr im Innern ist nach Auffassung der Esten nicht groß, die Lage der Deutsch-Balten ist nicht gefährdet, wenn die estnische Regierung bleibt und die bolschewistische Invasion ferngehalten wird. Zur Sicherung des Abtransportes der Armee habe ich im Benehmen mit dem Soldatenrat und dem Armeoberkommando einen Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Nachhuttruppe erlassen.

In Spaa.

Unter diesem Titel erschien ein Artikel des holländischen Journalisten Max Blokzijl. Auf zwei vollen Spalten beschreibt der geschickte Korrespondent, wie es ihm gelang, eine Reise Berlin-Spa-Berlin auszuführen, und gibt allerlei interessante Einzelheiten über die Sitzungen der Waffstillstandskommission. Denn gelang ihm sogar, an diesen teilzunehmen. In seiner Reisebeschreibung sieht man genau wie zu Beginn des Krieges plündernde und brennende Belgier in Tätigkeit, nebst „zweifelhaften Frauen, welche sich auf dem Herron der Palmhöhe leicht unter Alkohol sehen.“ Leider ist Herr Blokzijl auch folgender Satz aus der Feder entstrungen:

„Die Rückreise war interessant genug. Ich hatte noch Gelegenheit, zu sehen, wie die belgische Bevölkerung u. a. Charleroi von allen Seiten in Brand stand.“

Dah Charleroi auf der Reiseroute Spa-Berlin überhaupt nicht liegt, ist dem gewandten Herrn entgangen. Man kann nur seine Sehnsucht bewundern, denn eine Strecke von 180 Kilometer ist wirklich nicht etwas Unmögliches.

Es ist nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß auch die Meldung des W. L. B. „Die Belgier in Kachen“, wo es angeblich auf Nichtarühen die Todesstrafe gesetzt haben sollen, nur einem holländischen Korrespondenten stammen soll. Auffällig ist nur, wie diese Nachrichten von den bürgerlichen Zeitungen ausgenutzt werden. Leider läßt sich das Publikum auch heute noch mit ungläublicher Leichtgläubigkeit durch solche Berichte irreführen und nationalistisch berheben.

Wird das „Berliner Tageblatt“ berichtigen?

Nach dem Gefrönten auch der Ungefrorene.

Die vereinigten Reaktions-, Konservativen, Freikonservativen, Christlichsozialen und Reformen, haben sich unter der Firma „Deutschnationale Volkspartei“ (1) vereinigt. Den Vorsitz soll Herr v. Dietrich übernehmen; auch Graf Westarp wird der Leitung angeschlossen. Dagegen wird Herr v. Seydewitz endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen.

Dem Gefrönten folgt in der ungefrorenen König von Preußen in die Versenkung nach.

den Geist allein zu Ehren bringen wird. Aber es wird nicht der Geist sein, der von den Finken angeerbten Kapitals geist, sondern der Geist, der fruchtbringend selbst Jins und Zinseszins auswirft.

Der Boykott der deutschen Wissenschaft und die Nobelstiftung.

Einer Meldung der „Morning Post“ aus Paris zufolge, haben führende Gelehrte der alliierten Länder beschlossen, sich wenigstens eine Anzahl von Jahren hindurch jeglicher Verbindung mit deutschen Gelehrten zu enthalten. Auf diesen Anlaß nimmt in „Nya Dagligt Allehanda“ ein Einsender das Wort, um gegen diesen Beschluß zu protestieren. Er fordert, daß das Nobel-Institut als wissenschaftlich zur gemeinsamen Arbeit der wissenschaftlichen Welt notwendige Institution, gegen den Beschluß Einspruch erhebt, und, wenn derselbe erfolglos bleibt, die Verteilung der Nobelpreise solange aussetzt, bis der Geist der Verleumdung seiner Macht auf dem Felde der Wissenschaften hat, wo kein anderer Kampf hervorgehen sollte, niedergebunden hat, das Licht der Wissenschaft und der Aufklärung als das Erbe, das Licht der Wissenschaft und der Aufklärung vorwärts zu tragen.“

Sozialhygienischer Kongreß der Alliierten.

Das französische Nationalkomitee für Gesundheitspflege und Sozialhygiene hat einen unter dem Protektorat der Regierung stehenden, sozialhygienischen Kongreß in Aussicht genommen, der zum Gegenstand die Wiederherstellung der durch den Krieg verunreinigten Gebiete haben soll. Dieser Kongreß wird in den ersten Monaten des Jahres 1919 in Paris tagen und eine sozialhygienische Ausstellung in sich schließen. Das Nationalkomitee will auf diese Weise seine Bemühungen jenen französischen Provinzen und den Frankreich verbündeten Ländern widmen, die am meisten unter den Grausen des Krieges gelitten haben. Man hofft dadurch den Gesundheitszustand der Bevölkerung in absehbarer Zeit wesentlich zu heben.

Gratispost in Rußland.

Das russische Volkskommissariat hat am 24. November eine Verordnung erlassen, nach der Briefe bis zum Gewicht von 15 Gramm und Postkarten frei befördert werden. Auch für solche Briefe und Postkarten, die unentgeltlich aus dem Ausland einlaufen, braucht kein Porto bezahlt zu werden. Die russische Regierung beabsichtigt, auch anderen Regierungen vorzuschlagen, daß sie gleiche Reform einführen

Die Einstellung der Rüstungsarbeiten.

Die Rücksicht auf den Friedensaufbau unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einstellung der Rüstungsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfange weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeiten plötzlich vollkommen eingestellt sind, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Rüstungsarbeiten teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgelieferten Gegenstände seitens der Herrschermacht bezahlt. Über bestehende Zweifel hoben zu Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen geführt, die besser vermieden worden wären.

Preßfreiheit.

Nach einem Volksbureau-Bericht kam es am Dienstagabend vor dem Gebäude der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, in dem sich auch die Bureauräume der Zweigstelle des W. L. B. befinden, zu einer Kundgebung, in deren Verlauf der Betrieb der Zeitung wie auch der Betrieb der Zweigstelle des W. L. B. geschlossen werden mußten.

Wir begreifen vollständig die Erbitterung des Volkes gegen dieses alldeutsche Scherenschnittblatt, das zu den abstoßendsten Vertretern der Brutalität nach innen und außen gehört. Trotzdem sind wir der Meinung, daß die Preßfreiheit, für die wir stets gekämpft haben, unbeschränkt bleiben muß. Um die reaktionäre Presse unschädlich zu machen, gibt es nur ein Mittel: sie nicht zu lesen und an deren Stelle die sozialistische Presse zu verbreiten.

Arbeiterrat und Stadtrat.

Krankfurt a. M., 4. Dezember. (Sondertelegramm der „Freiheit“.) Der Arbeiterrat hat die Wahl von vier Stadträten inhihiert und beschloffen, daß acht Personen aus dem Arbeiterrat beim Magistrat die Kontrolle ausüben sollen. Unter diesen acht Personen befinden sich zwei Frauen.

Die deutsch-österreichische Konstituante.

Wien, 4. Dezember. Der Staatsrat beschloß, einen Gesetzentwurf über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung vorzulegen, nach welchem die konstituierende Nationalversammlung für zwei Jahre gewählt und vierzehn Tage nach dem Wahltag nach Wien einberufen wird. Zur konstituierenden Nationalversammlung werden in geschlossenen Staatsgebieten 200, in den Einschlaggebieten 5 Abgeordnete auf Grund des gleichen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts nach dem System der Verhältniswahl gewählt.

Abjaffung des Adels.

Prag, 3. Dezember. In der heutigen Sitzung der tschechischen Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf auf Abjaffung des Adels, der Orden und Titel nach einem Bericht des Verfassungsausschusses einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der polnische Landtag.

Aus der Eröffnungssitzung des polnischen Landtages ist noch die Begrüßungsansprache des früheren Abg. Seydewitz erwähnenswert. Er betonte, daß das neuerrichtete Polen ein Volkspolen sein müsse, ohne irgendwelche Parteiprivilegien und Glaubensbeschränkungen. Polen müsse unbedingt auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut werden. Er sprach dem Erzbischof als Primas seinen Dank aus für sein Eintreten, der seinerseits die Delegierten willkommen hieß, wobei er auf die Gefahr der von Berlin ausgehenden Bewegung einer Trennung von Staat und Kirche hinwies und die Versammelten aufforderte, stets gegen ein solches Vorgehen zu stimmen.

Die vorerwähnten Wahlen ergaben als Marschall den ehemaligen Reichstagsabgeordneten für die Stadt Posen Nowicki und als Bismarschälle vier Herren aus Oberschlesien, Preußen, Estland und Westfalen.

Korjants verlas dann Guldigungs- und Danktelegramme an Wilson, Lloyd und die Ministerpräsidenten der Entente.

Für die Kriegsgefangenen.

Das Auswärtige Amt hat an die schweizerische Gesandtschaft eine Note gerichtet in der die deutsche Regierung der Erwartung Ausdruck gibt, daß trotz der Aufhebung der früheren Verein-

barungen die deutschen Zivilinternierten in den feindlichen Ländern, sofern für sie nach den bisherigen Vereinbarungen ein Anspruch auf Heimbeförderung besteht, auch weiterhin aus der Gefangenschaft entlassen werden. Das Auswärtige Amt bittet die schweizerische Gesandtschaft, durch die schweizerischen Gesandtschaften in London und Paris bei der britischen und französischen Regierung, mit denen derartige Verträge abgeschlossen sind, diesen Standpunkt mit Nachdruck geltend machen und auf entsprechende Maßnahmen dringen zu lassen.

Aber auch zugunsten der übrigen Zivilgefangenen und der Kriegsgefangenen, die ebenso wie ihre Angehörigen, ungenügend für Lage der Verzeigerung zutreiben, glaubt die deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit Schritte bei den am Waffenstillstand beteiligten Regierungen unternehmen zu sollen. Es darf gebeten werden, bei diesen Regierungen auf die Annahme der Vorschläge mit trübseliger Beschleunigung wirken zu lassen:

1. Sofortige Aufnahme der in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Gefangenen.
2. Ermächtigung für die Vertreter der Schutzmächte und der anerkannten Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zu besuchen und zu unterstützen. Militärische Bedenken dürften nach dem Aufhören der Feindseligkeiten nicht mehr bestehen.
3. Zulassung des freien Ankaufs von Lebensmitteln für die Gefangenen. Da infolge der Waffenstillstandsbedingungen mit Hungernot und schweren Verzehrerbedingungen in Deutschland gerechnet werden muß, ist die schon bisher beschränkte Möglichkeit, die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten von Deutschland aus mit Lebensmitteln zu versorgen, ganz ausgeschlossen.
4. Reichliche Versorgung der Gefangenen mit Wärme und warmer Oberbekleidung durch den Nehmehrsatz vor Eintritt der Winterfälle, da wegen Mangels an Vorräten und wegen der Transportstörungen die Ueberführung aus Deutschland nicht erfolgen kann.
5. Tatkräftige Förderung einer gesteigerten Viehdarbringung von neutralen und bisher feindlichen Ausland aus, die sofort in die Wege geleitet werden wird. Die Gegenseitigkeit ist im höchsten Maße gewünschelt, insbesondere hat das Britische Rote Kreuz in Kopenhagen auf Anfrage bereits die Erlaubnis zur Einreise erhalten.

Von den A- und B-Räten.

Neuwahlen des Groß-Berliner Soldatenrates.

Zur Herbeiführung einer geordneten Wahl von Soldaten delegierten zu der am 16. Dezember zusammentretenden Delegiertenversammlung wird festgesetzt:

1. Jede Formation (Truppenteil, Kompanie, Bataillon, Regiment) meldet die am Stichtage, Freitag, den 6. Dezember, bei ihr tatsächlich befindlichen Mannschaften und Unteroffiziere dem Zentralbureau im Kriegspresseamt, Luisenstr. 11a.
2. Auf diesem Zwecke haben sich sämtliche Mannschaften und Unteroffiziere persönlich bei ihrer Dienststelle am Stichtage zwischen 9 Uhr vormittags und 4 Uhr nachmittags in Listen eintragen zu lassen (siehe Erläuterungen).
3. Die aufgestellten Listen sind, verantwortlich unterzeichnet vom Soldatenrat der Formation am 7. 12. bis 9 Uhr nachmittags dem Zentralbureau durch Boten zu überbringen. Nach 2 Uhr eingereichte Listen werden nicht mehr berücksichtigt.

Wahlreglement.

1. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mannschaften und Unteroffiziere mit Ausnahme der bis zur Entlassung oder ohne Beförderung Beurlaubten.
2. Auf je 1000 Mann kommt ein Soldatenratsmitglied. Wenn die Schlupzahl 500 übersteigt, ein weiteres Mitglied.
3. Formationen über 1000 Mann bilden einen Wahlkörper für sich und wählen selbständig in einer Versammlung ihrer Formation.
4. Kleinere Formationen werden durch das Zentralwahlbureau zusammengefaßt. Sie wählen auf je 100 (Grenze von 50 darunter bis 50 darüber) einen Vertrauensmann. Die zu einem Wahlkörper zusammengefaßten Formationen wählen durch diese Vertrauensleute auf je 10 Vertrauensleute einen Delegierten.
5. Die Wahl der Delegierten durch die größeren Formationen findet ebenso wie die Wahl der Vertrauensleute am Montag, den 9. Dezember, um 10 Uhr vormittags statt, die Wahl der Delegierten durch die Vertrauensleute am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, in Wahllokalen, die den betreffenden Formationen bekanntzugeben werden.
6. Sämtliche vorchriftsmäßig mit Beförderung nach Berlin beurlaubten Militärpersonen melden sich am 8. 12., zwischen 9 und 4 Uhr nachmittags, in der Kaserne des Alexander-Regiments in der Ringstraße, zwecks Eintragung in die Wahlliste. Sie wählen am 9. 12., um 10 Uhr vormittags, am selben Plage in einer Versammlung.
7. Das Resultat der Delegiertenwahl ist unter Einreichung des Wahlprotokolls durch Boten dem Zentralwahlbureau sofort einzureichen. Letzte Frist 10. Dezember, vormittags 10 Uhr.
8. Die Wahlen der Vertreter zur Delegiertenversammlung werden noch bekanntgegeben.

Erläuterungen.

Der Wahllokal Groß-Berlin umfaßt die nachfolgend verzeichneten Orte:

- A: 1. Bismarckhof, 2. Ehrenstraße, 3. Alt-Ostend.
- B: 1. Baumgartenweg, 2. Bismarck, 3. Wankenburg, 4. Wankenburg, 5. Orly, 6. Buch, 7. Buchau, 8. Pöhlgen.
- C: 1. Charlottenburg.
- D: 1. Dohlem.
- E: 1. Eiche.
- F: 1. Falkenberg, 2. Franz-Buchholz, 3. Friedrichstraße, 4. Friedmann.
- G: 1. Glienke, 2. Grunewald, 3. Grunewald-Forst, 4. Groß-Fichte, 5. Groß-Fichten.
- H: 1. Hakenlee, 2. Helmsdorf, 3. Hellenhof, 4. Hertenhof, 5. Hohenhühnenhausen.
- J: 1. Johannisthal.
- K: 1. Karm, 2. Kaulsdorf, 3. Köpenick.
- L: 1. Lankwitz, 2. Pankow, 3. Pankow, 4. Pankow, 5. Pankow.
- M: 1. Marienfelde, 2. Mariendorf.
- N: 1. Neukölln, 2. Niederhühnenstraße, 3. Niederhühnenhausen.
- O: 1. Oberschmensee, 2. Ohlsdorf.
- P: 1. Pankow.
- R: 1. Reinickendorf, 2. Rummelsburg, 3. Rudow, 4. Rosenhof.
- S: 1. Südbenke.
- Sch: 1. Schönbeck, 2. Schöneberg, 3. Schildow, 4. Schönberg, 5. Schönhagen, 6. Steglitz, 7. Stralau.
- T: 1. Tegeler (Jungfernhöhe), 2. Tegeler (Hühnersee), 3. Tegeler, 4. Tempelhofer, 5. Teplitz.
- W: 1. Wannsee, 2. Weichensee, 3. Wilmersdorf, 4. Wittenau.
- Z: 1. Zehlendorf.

Kommunizierte Wahlen bei den Dienststellen, bei denen sie am Stichtage beschäftigt sind.

Die Mannschaften des Sicherheitsdienstes gelten als selbständige Formationen.

Bei Einreichung der Listen geben Vereinslogos an, welchem Reservat-Korps sie zugeteilt sind; abgeseignete Behörden, welcher Zentralbehörde sie unterstellt sind.

Die ohne Beförderung oder bis zur Entlassung Beurlaubten unterliegen den Bestimmungen für die Arbeiterwahl.

Das Zentralbureau ist ab Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, am 5. Dezember und 6. Dezember bis 9 Uhr nachmittags.

Der Soldatenrat des W. L. B. hat Groß-Berlin.

R. Müller, Pankow.

Anno Schleichhandel.

Ein dänisches Blatt gibt folgende drastische Schilderung aus dem täglichen Leben im Jahre 1918:

7,45 Uhr läutet es das erstemal an meiner Tür. Draußen steht ein Mann, der die aufgeschämten Haare meiner Frau laufen will.

„Ich bin nicht verheiratet!“

„Entschuldigen Sie.“

8,15 Uhr klingelt es zum zweitenmal. Ein Mann mit einem Paket unter dem Arm steht draußen. Der Mann sieht geheimnisvoll aus, und das Paket entsendet einen starken Duft. Der Mann flüstert:

„Wollen Sie ein Kilo Kaffee kaufen? Garantiert echte Bate!“

„Was soll er kosten?“

„Schleuderpreis: 16 Kronen!“

„Ich kaufe keinen Kaffee zu Bucherpreisen.“

Die Tür schließt sich wieder. Nun habe ich Ruhe — bis 8,20 Uhr.

Wieder Klinglingling! Nun steht ein Mann mit dem Hut in der Hand draußen und sagt in gebrochenem Dänisch: „Ich bin belgischer Mann — sehr arm. Ich verlass mein Vaterland. Ich verlor Haus und Heim. Gut Herr, hilf mir ein bißchen!“

„Sie sind genau so viel Belgier wie ich!“

Denn ich habe ihn durchschaut. Worauf der Mann schnell in den breitesten Kletterbo-Jargon übertrug und mit einem Fluch — drei Stufen auf einmal — verschwindet.

8,40 Uhr ein Frauenzimmer, das alte Kleider kaufen will.

8,50 Uhr. Ein Mann mit einer Pappschachtel, aus der man ein deutliches „Uff — Uff“ hört.

„Ein Gut für Ihre Frau,“ sagt der Mann übertrieben laut. „Hier gibt's keine Frau!“

„Uff — Uff,“ sagt es in der Pappschachtel. Der Mann flüstert: „Lassen Sie mich einen Augenblick hinein.“ Der Mann kommt herein und holt ein grünschendes Perle heraus.

„Ein Prachtperle! 45 Kronen wert! Ein Spottpreis!“

Ich schicke den Mann weiß Perle zum Teufel und hänge draußen ein Schild an: „Die Familie ist vertrieben.“ Als ich ausgehe, vergeße ich natürlich, das Schild abzunehmen, und als ich am Abend wiederkomme, entdecke ich, daß mein Winterüberzieher, mein Silber und zwei Klacken alter Rum gestohlen sind. — Ganz wie bei uns!

Gewerkschaftliches.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Durch die politischen Umwälzungen ist nun endlich auch das gewerkschaftliche Hilfspersonal erwacht. Die Erbitterung, die sich in den langen Jahren vor Ausbruch der Revolution infolge der Unterdrückungsmaßnahmen von Seiten der Unternehmer angesammelt hatte, entlud sich in durchweg hart besetzten Versammlungen. Geleitet wird diese berechtigete Erbitterung noch dadurch, daß es den Herren Direktoren und Chefs in den verschiedensten Fällen gar geworden ist, daß die Angestellten über ihre Geschicke innerhalb des Betriebes mitbestimmen sollen. In einigen Betrieben präsentiert man den Leuten eine fertige Liste von Personen, die der Firma angenehm sind, um so den Willen der Angestellten auch wiederum zu fassen. Auch wird den angestellten Hilfskräften vielfach die Zeit, da jetzt die Geschäfte früher schließen, von ihrer freien Zeit abgezogen. Das beweist wiederum, daß das Unternehmertum im Gastwirts-gewerbe seinem Hilfspersonal auch nicht das geringste zugeliebt wird. Hingegen kommt, daß der größte Teil dieser Angestellten die ganze Kriegszeit über für keine Arbeiten mußte und heute noch arbeitet, die der Zeit wirklich nicht mehr entsprechen. Am allerwenigsten aber können die Herren gewerkschaftlichen Unternehmern sich damit abfinden, daß, statt die Hilfskräfte zu entlassen, in erster Linie die Arbeitszeit zu verkürzen ist.

Die Konsequenz ist natürlich, daß nun das gewerkschaftliche Hilfspersonal in Massen dem Verband der Gastwirtsgehilfen beitrete, um nun mit Hilfe der freien Gewerkschaft die bisherigen unmenslichen Verhältnisse grundsätzlich abzuschaffen. Sogar der unentwegten Herren Chefs und Direktoren ist es, sich mit den Gedanken zu befassen, die freien Gewerkschaften, in diesem Fall den Verband der Gastwirtsgehilfen, als die Interessenvertretung der Angestellten anzuerkennen.

Hotel- und Restaurationsangestellte hielten am 2. Dezember im Café Vaterland, im Paulaner Bräu und im Ledervereinshaus drei Protestversammlungen ab, in denen sie zu dem 9-Uhr-Schluß und gegen die Verdrückung ihrer Existenz Stellung nahmen und fahen eine Entschädigung, in der sie die Aufhebung des Weinverbot und die Festsetzung der Polizeistunde auf 1 1/2 Uhr verlangten.

Nichtigstellung. In dem Bericht über die Versammlung der Tagessieger in der Wornenaustraße der „Freiheit“ vom Dienstag, den 3. Dezember, befinden sich einige sinnfällige Druckfehler. In der sechsten Zeile von oben muß es statt 70 Pf. 20 Pf. heißen, in der achten Zeile von unten statt 20 Prozent 20 Pf. zahlbar ab 15. November, also nicht 12. November, wie es in dem Bericht heißt.

Groß-Berlin.

Sehnsucht nach der alten Zeit.

Die Geistlichkeit vermag sich in die neuen Verhältnisse nur wenig zu schiden. Das ist weiter nicht zu verwundern. Sie hat im Frieden gar oft die Lehren des Christentums beiseite gestellt und sich zum Verteidiger der herrschenden Gesellschaftsordnung gemacht. Sie war viel eher ein Anwalt der Reichen als der Armen, und dieses Gebahren brachte es mit sich, daß sich die Massen des Volkes immer mehr von der Kirche abwendeten, die Gotteshäuser immer leerer wurden.

Auch im Kriege hat die Kirche ihr wahres Gesicht nicht verhehlet. Statt den Hah einzudämmen, der künstlich erzeugt wurde, um die Kriegstimmung anzufachen hat sie diesen Hah durch Reden und Schriften gesteigert. Nichts mehr von Bruder- und Nächstenliebe. Manche Pfarrer verwechselten die Kanzel mit einem alldemütigen Beranmungs-podium und pörschten, ausgerüstet mit dem Sprach-schab der verrücktesten Kriegsschreier, das Volk zum Tauschhalten und zur entäußerten Vernichtung aller Keinde auf. Pastor Volk sah in Sonntagspredigten der Berliner Wagnerspost die Schale seines Hornes aus und gedärdete sich wie ein Berseker. Der Krieg war ihnen ein Gottesgeschenk geworden, und das Volk sollte es als Segen empfinden, daß es ihm verdammt war, durch dieses Meer von Blut, Elend, Schmutz und Tränen zu waten.

Nun die Revolution! Der Umsturz der für die Kirche so liebenswert gewordenen Einrichtungen! Jetzt ailt es für sie, die Volksbewegung in Mißtraut zu bringen und die verschwundene Zeit als das Herrlichste und Beste zu preisen, was dem deutschen Volke je bechieden war. Damit sie recht schnell wiederkehren! Damit der Einfluß der Kirche auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens nicht geschwächt und der freien Entwicklung Schranken auferlegt werden. Denn nur im Dunkel der Unfreiheit gedeihen die Früchte der alten Kirche.

Manche Pfarrer sind dabei in der Auswahl ihrer Kapitulationsmittel wenig wählerisch. So wird uns aus Ober-schönewalde berichtet, daß dort ein Pfarrer der Wirkungskreis der Kanzel nicht weit genug gesteckt ist. Er be-nutzt deshalb noch die Gräber, um sein Christliches Gera aus-zuschütten, seinen Unmut über die Revolution kundzugeben. Bei einer Beerdigung am 30. November ging er über das Leid der Trauergemeinde hinweg zu dem Leid, das dem deutschen Kaiserhaus zugefügt worden sei. Durch Sündfall betrieben, vom Volke die Dornenkrone auferlegt, ihm, der doch zum Segen des Volkes von Gottes Gnaden ge-krönt worden sei! Welch unglücklicher Sämer, gewalttätiger und größer als das Leid eines aemöhnlich Sterblichen, dem bloß ein Angehöriger genommen und dem irdischen Jammer-tal entriffen sei.

Solche Reden sind natürlich ein schlechter Trost für eine Trauergemeinde. Der Pfarrer erreichte damit eher das Gegenteil der erhofften Wirkung. Er verlegt die heilüsten Gefühle der Angehörigen. Der Kaiser, der feige und schäuflich gelassen ist, steht ihm höher als ein Toter. Mit solchen Kapitulationsmitteln die alte Zeit wachzurufen, sie wieder herbeizuwünschen: das dürfte so recht den wahren Charakter der Kirche beleuchten.

Das Grab eines Verstorbenen ist Wohnstätte der schla-feste Kapitulationsboden für die Wiederkehr des Kaiseriums.

Kriegsunterstützung für Familien Heeresentlassener.

Jeden Tag warten wir darauf, daß ein vom Reichamt des Innern ausgearbeiteter Entwurf, die Kriegsunterstützung Heeresentlassener betreffend, bindende Kraft erhalten soll.

Bisher war es so, daß den Familien Entlassener noch für 14 Tage nach der Entlassung Unterstützung gezahlt wurde. Jetzt soll den Familien der Mannschaften, denen für die zweite Hälfte des Monats November Familienunterstützung zufließt, bis zum 31. Dezember ohne Rücksicht auf die Fortdauer der Bedürftigkeit

Unterstützung weiter gewährt werden. Wer also Anfang Novem-ber entlassen worden ist, dessen Familie soll bis zum 31. Dezember die Familienunterstützung erhalten. Diese Unterstützung soll selbst dann gezahlt werden, wenn der entlassene Arbeiter in Ar-beit getreten ist. In vielen Fällen sind den Kriegertinnen auf den Steuerklassen die Unterstützungsbezüge abgenommen worden, zumal den Frauen, die Meldung von der Entlassung ihres Mannes der Steuerklasse selbst gemacht haben. Diese Frauen sollen nicht geschädigt werden. Sobald die neuen Bestimmungen bindende Kraft erhalten, können diese Frauen sich melden, und sie erhalten bis zum 31. Dezember die Kriegsunterstützung ausbezahlt.

In den Fällen, in denen der Krieger am 30. November noch bei der Kruppe war und in denen das nachgewiesen wird, wird die Unterstützung weiter gezahlt bis zur Entlassung; dann aber noch zwei Halbmonatsraten hinzu.

Für die Truppen, die interniert sind, aber die nicht rechtzeitig zurück sind, gilt das gleiche, auch für Gefangene.

Viele Heeresentlassene werden arbeitslos sein. In Berlin wird eine Erwerbslosenfürsorge eingerichtet. Der arbeitslose Heeresentlassene meldet sich bei der Arbeitslosenfürsorge, er erhält pro Tag 4 Mark Unterstützung, daneben läuft bis zum 31. Dezember die Kriegsunterstützung für die Familie. Nach Ab-lauf des 31. Dezember tritt dann die Rinderzulage zu den 4 Mark hinzu in den Fällen, in denen Kinder vorhanden sind.

Anderer steht es mit den Mannschaften, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht, also die Jahrgänge 98-99, nicht zur Entlassung kommen. In diesen Fällen kommen die Bestimmungen der Kriegsunterstützung in Fortfall, da der Krieg beendet ist. Hier werden weniger Frauen betroffen, sondern Eltern, vor allem Mütter, die der Sohn ernährt hat. Diese Personen erhalten keine Kriegsunterstützung weitergezahlt.

Die Erwerbslosenfürsorge in Groß-Berlin.

Der Demobilisationsauschuß Groß-Berlin, dessen Zuständig-keit sich über die sechs Groß-Berliner Städte und die Kreise Tel-tow und Niederbarnim erstreckt, hat gestern beschlossen, daß in den-jenigen Gemeinden, welche zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehören, ungesäumt die Erwerbslosenfürsorge einzuführen ist, wie dies in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg und Wilmersdorf bereits seit dem 25. November geschehen ist. Zu diesen Ortsteilen gehören insbesondere auch die wichtigsten Industrie- und Arbeitervororte, wie Adlerhof, Driß, Köpenick, Friedenau, Friedrichsfelde, Grünau, Johannisthal, Königs-Walder-hausen, Landviß, Lichtenrade, Lichterfelde, Mariendorf und Ma-rienfelde, Nieder- und Ober-Schöneweide, Nieder- und Hohen-Schönhausen, Rommels, Rankow, Reinickendorf, Schmaragdort, Steglitz, Tegel, Tempelhof, Treptow, Wannsee, Weihensee und Wittenau.

Hierzu erwartet der Demobilisationsauschuß, daß in die-sen sämtlichen Orten bis spätestens Ende dieser Woche die Er-werbslosenfürsorge genau nach dem Groß-Berliner Muster in Kraft gesetzt ist. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, über jeden Mangel der in einer dieser Gemeinden noch verbleiben sollte, alsbald im Bureau des Demobilisationsauschusses, C2, Kaiser-Wilhelm-Straße 45, Mitteilung zu machen.

Die Schutzmannschaft Groß-Berlins und die neue Ordnung.

Uns liegt ein Flugblatt vor, daß von Groß, Revier 10, aus-geht und sich an alle Oberwachmeister und Wachtmeister der Groß-Berliner Schutzmannschaft wendet. In ihm wird beauftragt, daß die Schutzmannschaft ihres militärischen Charakters entleidet wird. Der Schutzmann braucht nicht mehr seinen Dienst in dem Geschäft militärischer Unterwürfigkeit zu tun, er sei als vollwertiger Mitarbeiter anerkannt, der furchtlos nach oben und treu gegenüber seinen Vorgesetzten seinen Verus ausüben könne. Dann heißt es im Flugblatt wörtlich:

Die von dem Kommando der Schutzmannschaft in der letzten Zeit ergangenen Befehle und Anordnungen stimmen ein vor-märzliches Zeitalter und zeigen mit aller gewünschter Deut-lichkeit, daß der alte reaktionäre Geist noch lebendig ist, der seine Wurzeln und feste Stütze hat in dem früheren Offizierskorps der Schutzmannschaft, das kein Mittel unversucht lassen wird, zu seiner früheren Rechtsstellung und den ihm unbilligerweise einge-räumten Sonderrechten zu gelangen.

Wohin aber führt dieser Weg?

Er führt uns auf der kürzesten Strecke wieder in die früheren, eines freien Mannes unwürdigen Verhältnisse hinein. Sollen wir talentlos beiseite stehen und zusehen, wie uns durch die vom Kommando ausgehenden Anordnungen ein Stück nach dem andern unserer jungen Freiheit genommen wird? Sollen wir zusehen und warten, bis die reaktionären Häden uns wieder umspinnen haben und wir aus dem aus disziplinaren Kastrierten gebildeten Reich bürokratischer Engstirnigkeit nicht wieder her-auskommen?

Eine große allgemeine Versammlung aller Oberwachmeister und Wachtmeister von Groß-Berlin soll zu dieser Sache in Kürze eintreten.

Latzenausichten. Ein Abendblatt brachte die Nachricht, daß auf dem Bahnhof Charlottenburg Offizieren durch die Woge des Sicherheitsdienstes Charlottenburg die Kofferstücke abgerissen worden seien. Außerdem würden die Offiziere von den Mannschaften terrorisiert. Wir stellen fest, daß die Offiziere in schlicher Form gebeten werden, Waffen und Kofferstücke abzu-liefern. Sollten sich einzelne Mithände herausstellen, so wird von der Leitung des Sicherheitsdienstes in schärfer Form vor-gegangen werden.

Einbrecher im Hilfsverein. Mehrere schwere Einbrüche sind wieder in verschiedenen Stadtteilen verübt worden. Den nieder-trächtigsten Streich spielten die Verbrecher Hilfsbedürftigen in der Pflanzstraße. Dort drangen sie auf dem Grundstück Nr. 95 in die verlassenen Geschäftsräume des öherzeichlich-ungari-schen Hilfsvereins ein und stahlen Lebensmittel und Klei-dungsstücke, die für Leute bestimmt waren, die selbst nichts be-sitzen; mehrere Kisten kondensierte Milch, Erdbeeren, Tee, Suppenwürfel und Kaugummi, sowie Kinderkleider, Schuhe und Ar-beitsbürgen. — Fünf Milchkühe erbeuteten die Einbrecher in dem Stalle des Volkereibesetzers Rehtler in der Köllendorferstraße 18, für 25 000 Mark Stoffe und fertige Kleider in dem Herrenkleider-geschäft von Gumbert in der Trüderstraße und für 12 000 Mark Goldwaren in dem Laden des Juweliers Fischer in der Müller-strasse 155.

Bei einer großen Rognalaktion wurde gestern eine Schwindelgesellschaft von fünf Personen festgenommen. Drei Inzivilistischer hatten sich an zwei Inspektoren des Berliner Haupt-familienbetriebs herangemacht und mit ihnen eine Rognalaktion ausgehandelt und in die Wege geleitet, die den Beteiligten nahezu vier Mill. Mark gebracht hätte. Die beiden Anwesenden behielten ohne Wissen der Leitung des Depots für über 50 000 Kronen und Schwärzbeiler den diesen zustehenden Rognal, im Gesamtsumme von 8 700 000 Mark, um sie hier unter der Hand zu verkaufen. Die Rognalnummer in Dr. E. Sargard, bei der die Bestellung erfolgte, lieferte auch, da der Auftrag ordnungsmäßig ausgeführt war, die geforderte Menge und so lief gestern ein ganzer Trans-portzug mit Rognal hier ein. Dies fiel Beamten der militä-rischen Polizeibehörde, ungeschickte, eine Organisation, die vor ein-

einhalb Jahren von der alten Regierung eingerichtet und von der neuen übernommen worden ist, auf und sie forschen gleich nach, was es mit der großen Rognalaktion für eine Verbindung mit habe. Sie stellte fest, daß diese an einen Kommissar in Rommes weitergeleitet worden war, um von hier aus vertrieben zu werden. Ein Teil der Rognalaktion, die in 25-Peter-Ballon geliefert worden war, war auch bereits befreit geschafft worden. Auch diese wurden beschlagnahmt. Nach Feststellung der Schul-digen leitete die militärische Polizeibehörde, deren Aufgabe es ist, den Hin- und Rücktransport zum H-Be und in die Demat zu überwachen, ein Strafverfahren gegen sie ein.

Freie Sozialistische Jugend Groß-Berlin. Jugendliche, die sich für die Gründung einer Gruppe Rankow-Nieder-Schönhausen interessieren, werden gebeten, zu einer Sitzung am Freitag, den 6. Dezember, im Lokal von Gaymann, Rankow, Kreuzstr. 10, abends 8 Uhr zu erscheinen. Freie Jugend Groß-Berlin. J. K.: K. Krause, A. Volk.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten ver-anstaltet am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im Zirkus Busch eine Kundgebung der Groß-Berliner Bankbeamten-schaft. Zu dem Thema: „Das Recht der Arbeit, Auf-gaben der Gegenwart wirtschaftliche Tages-fragen“ werden der Volksbeauftragte Paris sowie die Herren Marx und Ewonts das Wort ergreifen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Rankow-Groß-Berlin. Samariter-genossen und -genossinnen, welche Leiden in Händen haben, werden hierdurch nochmals dringend ersucht, die Versammlungen ohne Aufforderung zu besuchen. Die Gruppenführer werden die Namen feststellen. Wer die Versammlungen nicht besucht, geht seiner Tische nach Feststellung verlustig.

Deutsches Frauenversammlungen in Tempelhof. Am Frei-tag, den 6. Dezember d. J., abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der Gemeindefabrik, Friedrich-Wilhelm-, Ecke Werder Straße, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Es ist Pflicht aller Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, für diese Versammlung zu agitieren. Referenten sind: Frau M. Reichert und Dr. E. Reiterhoff u. S. P. Mahn, Tempelhof.

Eisenbahn auf dem Rücken. Mit Beginn des Krieges wird auf dem nördlichen Teile des Rücken in Charlottenburg eine Eisenbahn errichtet werden. Das Eintrittsgeld wird 50 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder unter 14 Jahren betragen.

Aus der Partei.

Massendemonstration in Halle.

Am Sonntag, den 1. Dezember, fand in Halle eine öffent-liche Kundgebung statt, die erhebenden und feierlichen Verlauf nahm. Ein gewaltiger Demonstrationzug, von revolutionärer Begeisterung erfüllt, zog durch die Straßen bis vor den Rathausplatz, auf dem 20 000 Arbeiter und Soldaten für die Aufrechterhaltung der Macht des Arbeiter- und Soldaten-rates demonstrierten. Vom feierlich rotgeschmückten Rathaus-bellon hielten ein Mitglied des Soldatenrates und der Redakteur des „Halleischen Volksblattes“, Genosse Hennig, Ansprachen, in denen sie den Sieg der Revolution, die Verwirklichung des Sozialismus und die sozialistische Internationale forderten. Die versammelten Massen begleiteten diese Ansprachen mit drausen- dem Beifall.

Fortschritte in der Provinz Brandenburg.

In Greiffenberg im Kreise Angermünde tagte eine Volksversammlung, einberufen von dem Genossen Petrus-Berlin, von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Auf der Tages-ordnung stand: Vorträge des Genossen Zimmermann über „Die politische Situation“, Vortrag und freie Aussprache wurden beifällig aufgenommen. Auch die Ausführungen des Genossen Petrus und des Soldatenrates von Angermünde wurden beifällig beifällig aufgenommen. Es ist jetzt Pflicht eines jeden wäre, sich politisch zu organisieren.

Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Einwohn-er von Greiffenberg und Umgebung erklären sich mit den Aus-führungen des Genossen Zimmermann von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Soldatenrats von Angermünde einverstanden und stellen sich auf den Boden der neuen Regierung.

Es konnte, da ein wesentlicher Teil der Anwesenden ihren Beitritt zur Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärte, ein Ortsverein gegründet werden, welcher zu den größten Hoffnungen berechtigt. Anwesend waren unge-fähr 800 Personen. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die sozialistische Republik und die sozialistische Re-gierung geschlossen.

Aus dem Wirtschaftlichen.

Flucht aus Villen und Schlössern.

Die Steuergrößbetruganten, die Riesengewinner, haben während des Krieges ihr Geld, oder wenigstens Teile ihrer Geldes, mit Vorliebe in Villenbesitzungen und Rittergüter mit Schlössern gesteckt. Wer nicht blind war, mußte, daß eine Tages die Villen und Schlösser ihren Nulwert verlieren würden. Die Flucht aus Villen und Schlössern hat jetzt begonnen. Das ist deutlich an den Angeboten zu erkennen. Villen- und Schlö-sserangebote gab es auch während des Krieges, aber stärker war die Nachfrage. Die Preise stiegen dementsprechend. Es kam auf 100 000 M. mehr oder weniger schon gar nicht mehr an. Heute sinken die Preise und man verkauft gleich das Grundstück oder das Gut mit dem ganzen Kram. Das schöne Mobiliar, Gemälde, Silberzeug, Teppiche kann man für „billiges Geld“ haben. Diese Apte verlieren ihren Wert, und inzwischen sucht sich das freiwerdende Kapital andere Unterchlupfe.

Exportvereinfachungen.

Die Entente-Länder haben schon eine Reihe von Ausfuhr-verböten aufgehoben. Auch Deutschland erleichtert jetzt den Ex-port. Zunächst den Export von Textilwaren. Man hat während des Krieges eine etwas sehr schematische und oft kaufmännisch unkluge Exportpolitik getrieben. Technisch war es mit der Ein-fuhrpolitik, die unter übertriebenen Währungsbeschränkungen litt. Wir brauchen jetzt Waren und wir müssen, soweit es irgend geht, mit Waren bezahlen. Dazu ist Arbeit notwendig, denn ohne Arbeit kein Export und ohne Export eine Zammervährung.

Aus aller Welt.

Kohlenknappheit in Budapest.

Budapest, 8. Dezember. Mit Rücksicht auf die Kohlenknapp-heit verfuhr die Regierungskommission für Kohlen-angelegenheiten, daß Kaufläden um 4 Uhr nachmittags ge-schlossen werden. Alle Bureau mit Ausnahme der öffentli-chen Kassen dürfen nur bis drei Uhr nachmittags arbeiten, die Lebensmittelgeschäfte müssen um 7 Uhr abends schließen.

Dampferzulommenstoß.

Der Cunard-Dampfer Orduna ist auf der Fahrt von New York nach Liverpool an der Südküste von Irland mit dem Petro-leum-Dampfer Konach zusammengefahren. Sieben Mann des Konach wurden getötet. Die Orduna ist leicht beschädigt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Reiterhoff, Berlin Wilmersdorf 1. Druck der Einbrecher und Verlosungsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.